

# SPD demokratischer Pressedienst

P/XXVI/174

13. September 1972

Stabilität und Reformen

---

Maßvolles Wachstum - Kennzeichen des Haushalts 1972

Von Willy Brandt  
Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Was gezielte Information vermag

---

Lehren aus der Hamburger "Rote Punkt"-Aktion

Von Paul Otto Vogel  
Direktor der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

Im Verfolg nationaler Solidarität

---

Gute Wohnungschancen für Flüchtlinge und Aussiedler

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB  
Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 5 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 8163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37-38  
Telefax: 886 546/886 8477  
890 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Stabilität und Reformen

Maßvolles Wachstum - Kennzeichen des Haushalts 1972

Von Willy Brandt

Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD

Der Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 1972 und die vom Kabinett beschlossene Fortschreibung der Finanzplanung bis 1975 werden zwei entscheidenden Erfordernissen gerecht: dem Erfordernis der Stabilität und zugleich den Erfordernissen der Reformpolitik der Bundesregierung.

Der jetzt verabschiedete Haushalt mit einer Zuwachsrate von rd. acht % setzt ein stabilitätspolitisches Zeichen, das auch von den übrigen Gebietskörperschaften und den großen sozialen Gruppen in unserem Lande beachtet werden sollte. Bei maßvollem Wachstum der Ausgaben des Bundes sind - wegen der berechtigten Anforderungen der Länder und der Gemeinden an die gemeinsame Finanzmasse - gewisse Erhöhungen bei den Verbrauchssteuern auf Alkohol, Tabak und Mineralöl erforderlich. Wenn es zu einer stärkeren Abschwächung der Konjunktur kommen sollte, ist die Regierung gerüstet: zusätzliche Investitionen, bis zu einer Höhe von 2,5 Milliarden DM, sind eingeplant, sie können aus der 1970 und 1971 angesammelten Konjunkturausgleichsrücklage finanziert werden.

Ich habe stets die Auffassung vertreten, und ich betone hier nochmals: Stabilitätspolitik und Reformpolitik schließen sich nicht aus; sie bedingen sich gegenseitig. Die Sicherung einer gesunden wirtschaftlichen Basis und möglichst stabiler Preise ist eine entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Reformpolitik. Dieses zwingende Gebot hat die Entscheidungen über den Haushalt 1972 und den Finanzplan bis 1975 mitgeprägt. Andererseits können nur durch eine konsequent betriebene Reformpolitik ein dauerhaftes Wachstum unserer Wirtschaft und die vom Bürger zu Recht beanspruchten Leistungen des Staates ermöglicht werden.

Die Politik dieser Bundesregierung ist in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 umrissen worden. Sie wurde in den

Berichten der Bundesregierung konkretisiert und am 22. Oktober 1970 zu einem Arbeitsprogramm der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode zusammengefaßt. Dieses Programm wurde in weiten Teilen bereits erfüllt. Die Finanzierung der schon auf den Weg gebrachten und der noch anzupackenden Maßnahmen muß selbstverständlich immer wieder den jeweils gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten angepaßt werden. Diese Anpassung ist jetzt erfolgt; sie brachte folgende Ergebnisse:

- Die Substanz des Programms der Bundesregierung ist erhalten geblieben, auch wenn einzelne Aufgaben erst etwas später angepackt werden können oder gestreckt werden müssen.
- Ein wichtiger Schwerpunkt ist und bleibt die Bildungsreform. Bei den Ausgaben für Bildung und Wissenschaft ist 1972 wiederum eine hohe Steigerungsrate vorgesehen.
- Die sozial- und gesundheitspolitischen Pläne der Regierung - Kernstücke des weiteren Ausbaus der sozialen Sicherung, wie beispielsweise die Krankenversicherung für Landwirte und die Erhöhung des Kindergeldes und die Finanzierung des Krankenhausbaus - können verwirklicht werden.
- Für den Start des Programms zum Schutze unserer Umwelt ist die finanzielle Grundlage gesichert.
- Für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden und für den Straßenbau wurden erhebliche zusätzliche Mittel bereitgestellt, das langfristige Wohnungsbauprogramm kann wie vorgesehen finanziert werden.
- Durch die Bereitstellung erheblicher Mittel trägt der Bund zu seinem Teil zur Sanierung unserer Städte bei.

Mit Genugtuung kann ich feststellen: Entgegen allen Voraussagen der Opposition ist es nach harten Diskussionen in gemeinsamer Anstrengung gelungen, notwendige Stabilität und notwendigen Fortschritt miteinander in Einklang zu bringen.

(-/ex/13.9.1971/ks)

+ + +

Was gezielte Information vermag

Lehren aus der Hamburger "Rote Punkt"-Aktion

Von Paul Otto Vogel

Direktor der Staatlichen Pressestelle  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Von der tiefgreifenden und noch nicht behobenen Störung im Verhältnis Landesvorstand Hamburg der SPD / Jusos abgesehen, ist die Aktion "Roter Punkt" in Hamburg in mehrfacher Hinsicht anders verlaufen als ähnliche Aktionen vorher in anderen Städten, beispielsweise Hannover und im Ruhrgebiet. Dies zu registrieren ist umso interessanter, als die Tarifierhöhung in Hamburg mit einem Durchschnitt von 21 vH. in ihrer Höhe durchaus nicht unproblematisch war. Zudem hatte sich unter dem Merkzeichen "Roter Punkt" in Hamburg unter Führung von DKP-Funktionären eine Front gegen die Tarifpolitik des SPD/FDP-Senats gebildet, die zahlreiche Organisationen, vor allem der Jugend, umfaßte und zu einer mitmaßlich das Kernziel des DKP-Engagement bildenden Solidarisierung auch der Jusos geführt hat. Dennoch und trotz mehrerer breit und diszipliniert angelegter Aktionen in der Öffentlichkeit ist es zu keinerlei Solidarisierung der Hamburger Bevölkerung mit der Aktion "Roter Punkt" oder zu nennenswerten Störungen im Verkehrsablauf gekommen.

Rückblickend werden dafür in den dem Senat nahestehenden Kreisen folgende Gründe genannt:

- 1/ Die Hamburger sind insgesamt überwiegend zufrieden mit ihrem in Ausbau und Organisation an der Spitze vergleichbarer Großstädte liegenden städtischen und regionalen Nahverkehrssystem.
- 2/ Die Hamburger reagieren eher zurückhaltend auf Demonstrationsaufrufe, zumal dann, wenn die Veranstalter erkennbar extremen politischen Richtungen zuneigen. Der Zeitpunkt der Tarifierhöhung lag mit dem 1. August in der Mitte der Sommerferien.
- 3/ Vor allem aber sind, nicht zuletzt fußend auf den von Hamburg aus sorgfältig untersuchten negativen Erfahrungen einiger Ruhrgebiets-Städte, die Hamburger rechtzeitig und gründlich über die Tarifierhöhung und ihre Ursachen informiert worden.

Dazu gehörte

- eine erste Pressekonferenz Anfang April über die Geschäfts-

lage der Verkehrsträger und die daraus resultierende Notwendigkeit einer Tarifierhöhung

- die Versendung eines sachlich erläuternden Briefes des Ersten Bürgermeister mit persönlicher Adressierung (über das EDV-Band der Einwohnermeldekartei) an insgesamt 870.000 Haushalte und Einzelpersonen

- die Versendung eines erläuternden Briefes des Vorsitzenden des Rates des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV), Senator Kern, an die Kunden des HVV im Hamburger Umland

- intensive Information aller Benutzer der Nahverkehrsmittel durch Aushänge und Postwurfsendungen

- eine politisch gezielte Anzeigenkampagne des HVV in allen Hamburger Tageszeitungen vor Beginn der "Rote-Punkt"-Aktionen

- ein Brief mit Darstellung des neuen Tarifwerkes an alle HVV-Abonnenten

- die Herstellung einer ausführlichen Sachinformation in Broschürenform und gezielte Versendung an rd. 100.000 Adressen, darunter Schüler und Schülerinnen ab Klasse 9, Mandatsträger in Parteien und Gewerkschaften, Betriebsräte und Betriebsobleute, die gesamte Polizei, die Abgeordneten der hamburgischen Bürgerschaft und der sieben Bezirksversammlungen sowie an alle Delegierten und Gastdelegierten des Außerordentlichen SPD-Landesparteitages

- ausführliche Beratung der hamburgischen Tarifpolitik auf dem Landesparteitag wie in der hamburgischen Bürgerschaft und breite Zustimmung beider Gremien zur Fortsetzung der Politik kostendeckender Tarife mit Sondertarifen für bestimmte Bevölkerungsgruppen

- zahlreiche Kontaktgespräche des Vorsitzenden des HVV-Rates mit Journalisten und Vertretern der Bevölkerung, vor allem der Jugend

- die Vorbereitung einer Eventual-Anzeigenkampagne, die jedoch angesichts des Verlaufs der Aktion "Roter Punkt" nicht konkretisiert werden mußte

- eine Postwurfsendung mit Sachangaben über den neuen Tarif an alle hamburgischen Haushalte.

An mehreren von der Aktion "Roter Punkt" durchgeführten Straßendemonstrationen beteiligten sich maximal 3.000 Personen, überwiegend Jugendliche. Eine Solidarisierung in den Betrieben oder auf den Straßen wurde nirgends beobachtet. Befragungen ergaben, daß die Bevölkerung über die Tatsache einer Tarifierhöhung und ihre Begründung zu fast 90 vH. informiert war. Aus mehreren hundert Antworten auf das Schreiben des Bürgermeisters ergab sich ein sehr differenziertes Meinungsbild hinsichtlich der Notwendigkeit der Tarifierhöhung. Drei Viertel der Bevölkerung sahen den Ausbau von Bildungseinrichtungen für wichtiger an als den weiteren Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Eine meßbare Anhängerschaft für das Konzept des Nulltarifs wurde nicht registriert.

Im Verfolg nationaler Solidarität

Gute Wohnungschancen für Flüchtlinge und Aussiedler

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses  
des Deutschen Bundestages

Bei den Spätaussiedlern waren in den vergangenen Wochen Sorgen entstanden, ob es Bund und Ländern möglich sein werde, ihr Vorhaben, Spätaussiedler rasch unterzubringen, in die Tat umzusetzen. Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritzen konnte in diesen Tagen nun eine erfreuliche Mitteilung machen: Die Bundesregierung wird alles tun, um das gegebene Versprechen einer baldigen Unterbringung der Spätaussiedler im eigenen Heim in die Tat umzusetzen. Nach Angaben des Städtebauinstituts sollen im Rahmen der Sonderbauprogramme für Flüchtlinge aus der DDR und Spätaussiedler aus den ost- und südosteuropäischen Staaten im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung von 1972 bis 1975 gleichbleibend jährlich 190 Millionen DM bereit gestellt werden. Dieser Betrag soll sich aus 70 Millionen DM als Darlehen und 120 Millionen DM Zinszuschüsse zusammensetzen. Die Auszahlung der Zinszuschüsse soll ein Jahr nach der Mittelverteilung in einem Betrag erfolgen.

Diese Überlegungen des Bundeswohnungsbauministers sind von Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller gebilligt worden. 1971 sollen den Bundesländern zunächst 150 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Ab 1972 wird dann der Betrag auf 190 Millionen DM erhöht werden.

Das neue Angebot an die Länder bringt wesentliche Fortschritte gegenüber den bisherigen Finanzierungsmethoden. Bis 1970 war der Förderungsrahmen für eine drei Personen-Wohnung auf etwa 10.000 DM festgesetzt, 1971 wurde er auf knapp 15.000 DM erhöht. Nach den nunmehr vom Bund angebotenen Finanzierungsmöglichkeiten wird er vom nächsten Jahr an bei einem zu erwartenden Antragsvolumen von 50.000 Anträgen einen Rahmen von 25.000 DM ermöglichen, falls das Antragsvolumen niedriger sein sollte, könnte der Betrag noch erhöht werden.

Damit dürften also günstige Voraussetzungen für eine zügige Weiterentwicklung des Flüchtlingswohnungsbaues gegeben sein. Hinzu kommt noch, daß auch die bevorzugte Eingliederung der Spätaussiedler erleichtert werden dürfte. Diese Maßnahme wird von den schon länger auf eine eigene Wohnung wartenden Flüchtlingen und Vertriebenen verstanden werden, da eine bevorzugte Berücksichtigung der Spätaussiedler mit den langen Jahren schlechter Lebensbedingungen in der alten Heimat ohne weiteres zu rechtfertigen ist.

(-/wr/13.9.1971/ks)